

Presseerklärung 6.12.05

Magdeburg. Am Montag, den 5. Dezember 2005, fand im Lothar-Kreißig-Haus in Magdeburg die Hauptverhandlung in Sachen Pfarrerin Gottschling gegen die Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen statt. Gegenstand des Verfahrens vor der Verwaltungskammer der Föderation Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland war die Suspendierung und Abberufung der Pastorin Iris Gottschling aus der Pfarrstelle Steimke (Kirchenkreis Salzwedel). Nach der Schilderung unseres Beobachters und entsprechend unserem Kenntnisstand sehen wir uns zu folgender Einschätzung veranlasst:

Wie im Verlauf der Verhandlung deutlich wurde, entstand der Streit in Ristedt, der kleinsten Teilgemeinde des Pfarrbereichs. Der Gemeindekirchenrat besteht dort nur aus der Pfarrerin und zwei Ältesten. Die beiden traten Ende 2003, nachdem die Pfarrerin unmissverständlich die Klärung von Unregelmäßigkeiten verlangt hatte, zusammen, ohne sie einzuladen, und beschlossen, nicht mehr mit ihr zusammenarbeiten zu wollen.

Aus Sicht der Klägerin lag der ganzen Sache somit ein erheblicher Verstoß eines Gemeindekirchenratsvorsitzenden gegen die kirchliche Ordnung zugrunde. Bei solchen Vorkommnissen ist jeder Pfarrer verpflichtet, die Einhaltung der Ordnung zu verlangen und bei erfolgloser Anmahnung die Sache der innerkirchlichen Aufsicht vorzulegen. Mit ihrer Klage vor der Verwaltungskammer wollte Pfarrerin Gottschling deshalb prüfen lassen, ob die mit der Ordination begründete lebenslange gegenseitige Treue- und Fürsorgepflicht die Kirche als ihre Dienstherrin nicht verpflichtet, sie gerade gegen eine Abberufung als Folge der getreuen Ausübung ihrer Amtspflichten zu schützen, statt diese zu verfügen.

Nach unseren Erfahrungen als „Hilfsstelle für ev. Pfarrer.. e.V.“ (www.hilfsstelle.de), die seit über 10 Jahren von Abberufung, Entlassung oder Mobbing betroffene Pfarrerinnen und Pfarrer betreut, setzt ein Beschluss wie jener der zwei Ältesten in Ristedt eine Maschinerie in Gang, die nicht mehr gestoppt werden kann. Auf Gründe oder Verschulden kommt es dabei nicht an. Pfarrer müssten im eigenen Interesse eigentlich gut überlegen, ob sie gegen Zweckentfremdungen kirchlicher Gelder oder sonstige Verletzungen der Ordnung tatsächlich pflichtgemäß einschreiten. Ein in die Kritik geratenes Gemeindekirchenratsmitglied kann sich nämlich problemlos gegen den Ordnungsruf wehren, indem es einen Streit gleich welcher Art beginnt, als dessen Verlierer von vornherein der Pfarrer feststeht. Aufgrund des sogenannten "Ungedeihlichkeitsparagrafen" können evangelische Pfarrer auf Antrag des Gemeindekirchenrates aus ihren Pfarrstellen abberufen werden, wenn eine "gedeihliche Zusammenarbeit" nicht mehr zu erwarten ist. „Ungedeihlichkeit“ oder „nichtgedeihliches Wirken“ ist ein unbestimmter Rechtsbegriff, der nicht einmal Tatsachen erfordert. Der Ungedeihlichkeitsparagraf des Kirchenrechts ist eine Einladung zum Mobbing und rechtssystematisch unakzeptabel, weil er eine mit dem Grundgesetz unvereinbare Willkür ermöglicht und Pfarrer und deren Angehörige ohne Schuldfeststellung mit schweren materiellen und sozialpsychologischen Nachteilen belastet.

Die Ermittlung des Sachstandes durch den Vorsitzenden Richter Bluhm in diesem Fall ließ offenbar auch für das Gericht verhältnismäßig wenig konkrete Tatsachen erkennen, welche eindeutig für die Annahme „nichtgedeihlichen Wirkens“ sprechen. Im Gegenteil sah das Gericht die erhebliche Unterstützung der Klägerin in den Gemeinden. Alle Vorhalte, die ein „nicht gedeihliches Wirken“ beweisen sollten, ließen sich zum Erstaunen des Gerichtes mit wenigen Sätzen aufklären und richtig stellen. Aufgrund des stets klaren und entschlossenen Widersprechens seitens der Klägerin und ihres Anwaltes vermochte das Gericht allerdings, wie es zu erkennen gab, die kritische Einschätzung von am Verfahren beteiligten Personen, insbesondere der Pröpstin, nachzuvollziehen, „dass eine Zusammenarbeit mit der Klägerin nicht in jeder Situation zu konstruktiven Ergebnissen führt.“

Wörtlich genommen heißt das: Wer nicht alles mitmacht oder mit sich machen lässt, ist nicht tragbar. Das Ergebnis dieser gerichtlichen Prüfung ist eine einschüchternde Botschaft an die ganze Pfarrerschaft. Auf verlorenem Posten ohne Schutz im Amt steht der Pfarrer in jedem Fall da: Ein Pfarrer muss mit disziplinarischen Konsequenzen rechnen, wenn er tatenlos zusieht, wie kirchliche Mittel zweckentfremdet werden. Schreitet er jedoch dagegen ein, kann er abberufen werden, weil dann die Zusammenarbeit mit ihm nicht in jeder Situation zu konstruktiven Ergebnissen führt.

Und noch eine Botschaft ist nicht zu überhören: Wer sich entschieden verteidigt, weil es um seine berufliche Existenz oder schlicht um Wahrhaftigkeit geht, macht sich mangelnder Demut schuldig. Wenn er alles widerlegen kann, was ihm vorgeworfen wird, wird er nicht wegen tatsächlichen ungedeihlichen Wirkens abberufen, sondern wegen seines Auftretens im Verfahren oder vor Gericht!

Durch krankmachendes Mobbing hat man ihn in die Verzweiflung getrieben und sucht nun in seiner Empörung im Verfahren Indizien, weswegen ihm „ungedeihliches Wirken“ damals und heute „zuzutrauen“ ist.

Es geht nach dem Motto: Wer einmal vor einem Kirchengenicht steht, muß ja schuldig sein, wer sich verteidigt, beweist seine Uneinsichtigkeit und liefert eben damit einen Grund zur Abberufung.

Im Fall der Pastorin Gottschling hatte aber selbst das Kirchengenicht beim Stand der Verhandlung Skrupel, im vorliegenden Streitfall der abberufenden Kirche einfach Recht zu geben. Es empfahl deshalb eine „gütliche Einigung“: Die Pfarrerin soll die Stelle freiwillig zum 31.01.2006 aufgeben. Ab da bekommt sie zwei Jahre lang volle Bezüge, wofür sie mit pfarramtlichen Diensten im (u.E. de facto für sie und ihre Familie unzumutbaren- Umkreis von ca. 200 km) beauftragt werden kann, danach tritt sie in den Wartestand, dann, nach weiteren zwei Jahren, in den Ruhestand (sic !) - es sei denn, sie bekäme bis dahin durch eigene Bemühungen und Dank der Unterstützung der Beklagten eine neue Stelle übertragen.

Mit solcher zugesicherten „Unterstützung“ haben allerdings andere, ähnlich Betroffene, in verschiedenen Landeskirchen zum Teil niederschmetternde Erfahrungen gemacht. Ob überhaupt von der Personallage her Aussichten auf eine neue Stelle bestehen, war im Verfahren nichteinmal zu klären. Zunächst hieß es, die EKM schreibe in den letzten Monaten so viele Pfarrstellen aus wie

in den letzten vier Jahren nicht. Auf Frage des Gerichts, welche konkreten Stellen in ca. 200 km Umkreis von der Wohnung verfügbar seien – und sei es erst einmal für eine dienstliche Beauftragung – stellte sich heraus, dass es keine gibt.

Eine Stelle gäbe es da freilich: ihre eigene. Die wird, wenn der erst einmal unter Vorbehalt geschlossene Vergleich nicht bis zum 16.01. widerrufen wird, bald neu ausgeschrieben. Und der Wortlaut des Vergleichs verbietet nicht, dass sie sich darauf sofort wieder bewirbt. Die Mehrheit ihrer Ältesten wäre ihr nach unserer Fallbeobachtung sicher. Nachdem viele Ältesten diesen Prozess und das in ihren Augen empörende Auftreten der amtskirchlichen Seite als Zuschauer miterlebt haben, sogar sicherer denn je. Allerdings würde sich die Kirchenleitung -nach unseren Erfahrungen mit Amtskirchen- gegen diese Wiederwahl oder deren Zulässigkeit sicher etwas anderes einfallen lassen.

Moers, den 6.12.05

Roland Reuter

(Vorsitzender, Pastor)